

Nahost

Jahrbuch 2002

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
in Nordafrika und dem
Nahen und Mittleren Osten

Herausgeber:

Deutsches Orient-Institut

Hanspeter Mattes

Leske + Budrich, Opladen 2004

Libanon 2002

Offizieller Name: al-Jumhuriya al-Lubnaniya/Libanesische Republik; **Unabhängigkeit:** 22.11.1943; **Fläche:** 10.452 qkm; **Einwohner:** 4,35 Mio.; **Hauptstadt:** Beirut, Ew. ca. 1,5 Mio.; **Urbanisierungsrate:** 80 %; **Armeestärke:** 65.000 Mann; **BIP:** 16,584 Mrd. US-\$\$; **Sektoren in %:** Landwirtschaft 12, Industrie 21, Dienstl. 67; **Pro-Kopf-Einkommen:** 4.010 US-\$\$; **Währung:** 1 US-\$\$ = 1.503 Libanesische Pfund (L£)

Innenpolitische Entwicklung

Die Innenpolitik des Libanon (L.) wurde im Berichtszeitraum weiterhin durch die Machtkonstellation der *Troika* aus Staats-, Minister- und Parlamentspräsident bestimmt. Immer wieder kam es zu Auseinandersetzungen, die die politische Arbeit blockierten, so zwischen Ministerpräsident Rafiq al-Hariri und Parlamentspräsident Nabih Berri über die Wirtschafts- und Innenpolitik und zwischen Staatspräsident Emile Lahoud und Hariri über die Ernennung von Diplomaten und die Privatisierung des Telekommunikationssektors. Im April und Mai vermittelte Berri wiederholt zwischen Hariri und Lahoud (DS, 23.4.). Vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet dringend nötige Reformen wurden so immer wieder verzögert und unterminiert. Der einflussreiche Drusenführer Walid Jumblatt, der 2001 noch auf Konfrontationskurs zu Regierung, Präsident und Syrern gegangen war, näherte sich zu Jahresbeginn der Regierung an und stimmte am 3.2. trotz Vorbehalten für deren Haushaltsentwurf. Am 13.8. erklärte er, dass er mit einer Verlängerung der Amtszeit von Lahoud über 2004 hinaus einverstanden sei, obwohl er bei dessen Wahl 1998 zu seinen schärfsten Kritikern gehört hatte. Die Entspannung seiner im Vorjahr belasteten Beziehungen zu Syrien, die in einem Besuch des syrischen Vize-Präsidenten Abd al-Halim Khaddam in Mukhtara im Mai gipfelte, und die Annäherung an Hariri, Lahoud und Oppositionskräfte wie das *Qornet Shehwan*-Bündnis ließen ihn eine Mittlerstelle einnehmen.

Während Regierung und Staatsführung in Machtproben erstarrt und politisch weitgehend handlungsunfähig waren, formierte sich das oppositionelle Spektrum neu. Der bereits im Mai 2001 gegründete Zusammenschluss *Qornet Shehwan*, der anerkannte Persönlichkeiten über die konfessionellen Grenzen hinweg versammelt, suchte seine Position im politischen Spektrum. Ex-Parlamentspräsident al-Husseini initiierte im Januar einen weiteren überkonfessionellen und überregionalen Zusammenschluss von Oppositionspolitikern mit den ehemaligen Ministerpräsidenten Huss und Karami sowie zwei Mitgliedern von *Qornet Shehwan*, Nayla Moawwad und Boutros Harb.

Nach dem scharfen Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen christliche Oppositionelle im Sommer 2001 (vgl. JB 2001) sind im Berichtsjahr einschneidende Entwicklungen im Lager der Christen zu konstatieren. Seit Ende des Bürgerkriegs (1990) suchten sie ihre Position zwischen Boykothaltung und Einbindung in das Nachkriegssystem. Karim Pakradouni übernahm am 29.4. den Vorsitz der *Kata'ib*-Partei und entschied dadurch vorerst den Machtkampf mit dem früheren Staatspräsidenten und Sohn des Parteigründers Amin Gemayel für sich. Während Gemayel, der 2000 aus dem Exil in den L. zurückgekehrt war, der Regierung und Präsident Lahoud ablehnend gegenüberstand, sicherte Pakradouni bei seiner Amtsübernahme Lahoud volle Unterstützung zu. Bei der ersten von ihm geleiteten Politbüro-Sitzung am 13.5. sprach er sich für Parteireformen aus und kündigte an, die Boykothaltung seiner Partei bei Wahlen aufzugeben. Gemayel und der frühere Parteivorsitzende Elie Karameh sprachen daraufhin von einem Bruch mit der Parteitradition. Pakradouni seinerseits warf Gemayel parteischädigendes Verhalten vor, weil dieser sich bei den Nachwahlen im Bezirk Metn (s.u.) gegen die Politik der neuen Parteiführung stellte. Der Machtkampf endete vorerst mit dem Parteiausschluss Gemayels, der jedoch am 19.8. ankündigte, um die Partei zu kämpfen bis sie „zu ihren Wurzeln und ihrer wahren Identität zurückkehrt“ (DS, 20.8.). Parallel zu den Vorgängen in der *Kata'ib* bildete sich auch bei den – weiterhin verbotenen – *Forces Libanaises (FL)* eine gemäßigte Fraktion unter Fouad Malik. Sie wurde aufgrund ihrer Annäherung an die Regierung und an Syrien von Anhängern des inhaftierten früheren *FL*-Führers

Samir Geagea als „Werkzeug des Geheimdienstes“ kritisiert. Am 7.5. wurde Ramzi Irani, der Studentenkoordinator der *FL*, in Beirut entführt. Seine Leiche mit Folterspuren fand man am 20.5. im Kofferraum seines Autos. Er hatte sich geweigert, sich von Geagea loszusagen und zum regimenahen Flügel unter Malik zu wechseln.

Am 2.6. fanden im Bezirk Metn Nachwahlen für den verstorbenen Abgeordneten Albert Mokheiber statt, denen als Stimmungsbarometer große Bedeutung beigemessen wurde. Der Kandidat der Opposition (und Onkel des Innenministers Elias Murr) Gabriel Murr gewann mit 34.760 Stimmen knapp vor dessen der Regierung nahestehenden Nichte und Tochter des früheren Innenministers Michel Murr, Myrna Murr Abu Sharraf (34.745 Stimmen). Auch die *FL* und selbst die Aounisten, die beide bis dahin sämtliche Parlamentswahlen des Nachkriegs-L. boykottiert hatten, riefen zur Wahl des Oppositionskandidaten auf. Gabriel Murr besitzt Mehrheitsanteile am Fernsehsender *Murr Television* (MTV), der am 4.9. von Sicherheitskräften geschlossen wurde, weil er mit seiner Wahlwerbung für Gabriel Murr gegen das Wahlgesetz verstoßen haben soll. Dies zog heftige Proteste von Parteien und Journalistenverbänden gegen die Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit nach sich. Am 4.11. entzog der Verfassungsrat Gabriel Murr außerdem seinen Parlamentssitz und sprach ihn dem mit nur 1.773 Stimmen drittplatzierten Ghassan Mokheiber, dem Neffen von Albert Mokheiber, zu, nachdem Myrna Murr verzichtet hatte (DS, 5.11.).

Jumblatt sprach nach der Wahl von einem Sieg der „moderaten“ Christen. Pakradouni, der Vorsitzende des *Nationalen Blocks*, Carlos Edde und die Abgeordneten Boutros Harb und Nassib Lahoud stehen für einen neuen christlichen Politikstil. Einige von ihnen werden auch trotz ihrer regierungskritischen Positionen von den Syrern unterstützt, denen an einer Einbeziehung der Christen in das politische System gelegen ist. Dagegen blieben die Aounisten und Anhänger des radikalen Flügels der *FL* bei ihrer Fundamentalopposition gegenüber dem Nachkriegssystem und ihrer Kritik an der Rolle Syriens. Nachdem im Juni der *Maronitische Weltkongress* in Los Angeles den sofortigen Abzug der Syrer aus dem L. gefordert hatte, warnte Pakradouni die Christen davor, die Augen vor den regionalen Realitäten zu verschließen und kritisierte den Weltkongress, den Kontakt zur lib. Heimat verloren zu haben.

Die schlechte wirtschaftliche Lage, die Situation in Israel/Palästina und der britisch-amerikanische Aufmarsch am Golf führten wiederholt zu Protesten und Demonstrationen. Die Gewerkschaften riefen im Februar zu Streiks und Demonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung auf und forderten eine Erhöhung der Mindestlöhne (DS, 18.2.). Am 22.3. fand in Beirut eine Großdemonstration zur Unterstützung der palästinensischen Intifada und für die Aufhebung des Embargos gegen den Irak statt. Beteiligt waren mehrere linke Parteien, die *Hizbullah*, die Partei Jumblatts, die früheren Ministerpräsidenten Salim al-Huss und Omar al-Karami sowie der frühere Parlamentspräsident Hussein al-Husseini. Im April veranstalteten pro-palästinensische Gruppen *sit-ins* vor amerikanischen Cafés und riefen zum Boykott amerikanischer Produkte auf. Dem schloss sich der schiitische Geistliche Mohammed Hussein Fadlallah im Mai in einer *Fatwa* an. In einer weiteren *Fatwa* verbot er am 12.8. Muslimen die Beteiligung an einem amerikanischen Militärschlag gegen den Irak. Bei Anschlägen auf amerikanische Restaurantketten im Mai, am 23.9. und 12.11. in Tripoli, Jounieh und im Norden von Beirut entstand Sachschaden.

Die *Hizbullah* hat sich weiter als politische und gesellschaftliche Kraft etabliert. Im Oktober gab sie bekannt, dass ihre *Shura*-Versammlung bereits im Juli 2001 beschlossen hatte, ihren *Offenen Brief* von 1985, eine Art Parteiprogramm, zu überarbeiten und an die veränderten Bedingungen anzupassen (DS, 28.10.), insbesondere die seinerzeit drastisch formulierte Gegnerschaft zu Frankreich und zu den christlichen Parteien zu streichen. Sie organisierte Fortbildungen für Verwaltungsangestellte der Kommunen, forderte politische und wirtschaftliche Reformen und wandte sich gegen den politischen Konfessionalismus (DS, 20.6.). Mehrfach kam es jedoch zu Zusammenstößen mit ihrer innerschiitischen Rivalin, der *Amal*, so am 23.3. anlässlich der *Ashura*-Feiern, bei denen es 60 Verletzte gab.

Auch fast 12 Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs war die Sicherheitslage nach wie vor prekär. So kam es im Berichtszeitraum zu mehreren Attentaten. Am 24.1. wurde der ehemalige Führer der *FL*, Elie Hobeika, durch eine Autobombe in Beirut getötet. Hobeika, der im Nachkriegs-L.

mehrere Ministerposten bekleidet hatte, gilt als lib. Hauptverantwortlicher für die Massaker in den Palästinenserlagern Sabra und Schatila, die 1982 unter den Augen der israelischen Besatzer verübt worden waren. Wenige Tage vor seiner Ermordung hatte er seine Bereitschaft erklärt, in einem Verfahren gegen den damaligen israelischen General und heutigen Ministerpräsidenten Ariel Sharon wegen dessen Verwicklung in das Massaker vor einem belgischen Appellationsgericht auszusagen. Von lib. Seite wurde daher umgehend Israel für den Anschlag verantwortlich gemacht. Hobeika hatte aus seiner Zeit als „warlord“ im Bürgerkrieg, wegen seines mehrfachen Wechsels der Fronten und wegen seiner politischen Nähe zu Syrien aber auch zahlreiche lib. Gegner. Am 7.3. wurde ein weiteres ehemaliges Mitglied der *FL*, Mike Nassar, in São Paulo ermordet. Nassar besaß zahlreiche Immobilien im L. und war der drittgrößte Aktionär der Wiederaufbaugesellschaft *Solidere*, der das Beiruter Stadtzentrum gehört. Ihm wird die Veruntreuung von Geldern der *FL* nachgesagt, die diese nach Beendigung des Bürgerkriegs aus dem Verkauf von Waffen auf den Balkan eingenommen hatte.

Am 20.5. kam Jihad Jibril, Sohn des Chefs der Palästinenserorganisation PFLP-GC, Ahmad Jibril, bei der Explosion eines an seinem Auto angebrachten Sprengsatzes ums Leben. Jibril soll Waffen und Bomben in die Westbank und den Gaza-Streifen geschmuggelt haben. Ahmad Jibril machte Israel verantwortlich, das eine Beteiligung an dem Attentat abstritt. Am 21.11. wurde die 31jährige amerikanische Missionarin Bonnie Penner Witherall in Saida erschossen. In den vorangegangenen Monaten hatte die Missionsarbeit der Organisation *Christian and Missionary Alliance* zu Spannungen geführt und hochrangige Mitglieder christlicher und muslimischer Gemeinschaften hatten sie erfolglos zur Zurückhaltung aufgefordert (NYT, 22.11.).

Außenpolitische Entwicklung

Die Konstanten der Außenpolitik blieben auch im Berichtsjahr das Verhältnis zu Syrien, die gespannte Situation an der Grenze zu Israel und die Auswirkungen des „Kampfes gegen den Terrorismus“. Syrien bemühte sich zu Beginn des Jahres, den Kritikern an seiner fortgesetzten „Besatzung“ des L. entgegenzukommen. Am 3.3. besuchte Präsident Bashshar al-Asad den L. Dieser erste offizielle syrische Präsidentenbesuch seit 1947 wurde als Zeichen der Anerkennung der lib. Souveränität gewertet. Ein inoffizielles Treffen auf Präsidentenebene hatte auf lib. Boden zuletzt 1976 stattgefunden. Asad reiste über den internationalen Flughafen Beirut ein und traf sich mit Lahoud im Präsidentenpalast in Baabda. Im April wurden syrische Truppen aus dem Bezirk Metn in die Bekaa-Ebene umgruppiert. Die scharfen Attacken des *Maronitischen Weltkongresses* (s.o.) dämpften indessen im Juni die Hoffnungen auf eine unproblematische Annäherung zwischen Maroniten und Syrern.

Die Spannungen an der „Blauen Linie“, dem von der UNO provisorisch festgelegten Grenzverlauf zwischen Israel und L., und besonders um die umstrittenen Shabaa-Farmen (vgl. JB 2001) nahmen bis April parallel zur Verschärfung der palästinensischen Intifada und dem militärischen Vorgehen Israels zu. Am 6.1. brachte Israel ein Schiff mit mutmaßlich für die palästinensische Autonomiebehörde bestimmte Waffen im Roten Meer auf. Es soll „zwingende Hinweise“ für eine Verwicklung der *Hizbullah* in diese *Karine-A*-Affäre gegeben haben (DS, 14.1.). Die *Hizbullah* baute seit dem israelischen Abzug im Mai 2000 die Grenzbefestigungen zu Israel aus und errichtete Beobachtungsposten und Bunkeranlagen. Sie soll Tausende von Boden-Boden-Raketen aus Iran (über Syrien) sowie aus syrischer Produktion stationiert haben, die nordisraelische Städte erreichen können. Laut israelischen und westlichen Quellen seien dies 8-10.000 Katjuscha-Raketen sowie Raketen aus iranischer Produktion, die Haifa erreichen könnten (NYT, 15.6.). In der Bekaa-Ebene und in einem Tal nahe der israelischen Grenze sollen Militärübungen stattfinden (MERIP, 23.4.).

Die *Hizbullah* reagierte Anfang des Jahres auf israelische Aufklärungsflüge über lib. Territorium, indem sie mit großkalibrigen Flugabwehrgeschossen in den israelischen Luftraum schoss, deren Splitter teilweise auf bewohntem Gebiet niedergingen und zu Schäden an Gebäuden und Leichtverletzten führten. Sie verteidigte das Vorgehen als Vergeltung für das wiederholte Durch-

brechen der Schallmauer durch israelische Kampffjets über Beirut. Die lib. Regierung verlangte am 24.2. von Jordanien die sofortige Freilassung dreier *Hizbullah*-Mitglieder, die im Vorjahr beim Schmuggel von Waffen in die Westbank zur Unterstützung der Intifada verhaftet worden waren. Am 7.3. kam Jordanien dem Ersuchen nach. Am 12.3. drangen zwei palästinensische Kämpfer über die Grenze nach Israel ein und erschossen dort fünf Zivilisten und einen Soldaten (BBC, 12.3.). Israel machte zunächst *al-Jihad al-Islami* verantwortlich und warf der *Hizbullah* vor, die Attentäter trainiert und mit Waffen versorgt zu haben. Später wurde der *PFLP-GC* von Ahmad Jibril eine direkte Beteiligung vorgeworfen.

Nur wenige Tage nach dem Gipfeltreffen der *Arabischen Liga* (s.u.) verschärfte sich die Sicherheitslage an der Grenze weiter. Israel hatte am 29.3. eine groß angelegte Offensive in der Westbank mit besonders heftigen Kämpfen um das Palästinenserlager Jenin begonnen. Die hohe Anzahl ziviler palästinensischer Opfer und die Wiederbesetzung palästinensischer Städte führten zu einer verbalen und militärischen Radikalisierung der *Hizbullah* und palästinensischer Organisationen im L. Vom 30.3.-13.4. griff die *Hizbullah* wie zuletzt Mitte Januar israelische Stellungen im Bereich der Shabaa-Farmen an. Laut UNIFIL-Angaben setzte sie dabei SAM-7 Flugabwehrraketen und erstmals auch bunkerbrechende Waffen ein. Am 10.4. gelangten alle sechs israelischen Außenposten unter den heftigsten Artilleriebeschuss seit 1992. Währenddessen drang ein *Hizbullah*-Kommando auf das Gebiet vor und hisste eine Parteifähne. Am 1.4. versprach *Hizbullah*-Generalsekretär Hasan Nasrallah, die Intifada mit Geld, Waffen und Kämpfern zu unterstützen. Am 10.4. offerierte sie, den entführten mutmaßlichen Mosad-Agenten Elhanan Tannenbaum im Gegenzug für die Beendigung der Belagerung Jenins freizulassen (DS, 12.4.). Die *Hizbullah* bot an, drei am 7.10.2000 von den Shabaa-Farmen entführte israelische Soldaten gegen arabische und lib. Gefangene in Israel, Karten der von der israelischen Armee im Süd-L. hinterlassenen Minenfelder und *booby trapped bodies* auszutauschen (DS, 12.4.). Laut Nasrallah gab es auch später – mit deutscher Vermittlung – „ernsthafte“ Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch (DS, 30.7.).

Parallel zu der „kontrollierten“ Eskalation um die Shabaa-Farmen beschossen Palästinenser vom L. aus israelisches Territorium mit Maschinengewehren und Katjuscha-Raketen, wobei es zu mehreren Verletzten in Israel kam. Hariri machte „undisziplinierte Schurken“ für diese ersten größeren Anschläge auf israelisches Territorium seit dem Abzug im Mai 2000 verantwortlich (DS, 13.4.). Sie ebten ab, als lib. Sicherheitskräfte im Süden verstärkt wurden und mehrere palästinensische Milizionäre von *PFLP-GC*, *al-Jihad al-Islami* und *Usbat al-Ansar* verhafteten. Berichte über eine Beteiligung der *Hizbullah* an diesen Angriffen auf israelisches Territorium blieben widersprüchlich. Dies hätte einen Bruch mit ihrem (ungeschriebenen) Grundsatz bedeutet, militärisch ausschließlich für die Befreiung lib. Territoriums zu kämpfen. Die Shabaa-Farmen gehören nach lib. Lesart zum L., nach israelischer zu den besetzten syrischen Golanhöhen.

Am 10.4. tagte das israelische Sicherheitskabinett und beschloss mit nur einer Stimme Mehrheit einen militärischen Gegenschlag. Sharon hielt diese knappe Mehrheit allerdings für zu schwach, da eine mögliche Eskalation in einen Krieg mit Syrien münden könne und hierfür ein breiterer Konsens notwendig sei (MERIP, 23.4.). Dessen ungeachtet drohte Sharon am 14.4. mit Militäraktionen gegen die *Hizbullah* und den L.. Er klagte Syrien und Iran der Unterstützung der Angriffe an (BBC, 14.4.). Erst durch internationalen Druck wurde die Gewaltspirale allmählich durchbrochen. Am 10.4. drückte UNO-Generalsekretär Kofi Annan seine Sorge über die Eskalation aus (BBC, 10.4.). Der iranische Außenminister Kharrazi drängte am 12.4. während einer Stipvisite nach Beirut die *Hizbullah*, keine Schritte zu unternehmen, die zu einem Krieg führen könnten. Obwohl ursprünglich nicht vorgesehen, legte US-Außenminister Colin Powell am 15.4. Zwischenstopps in Syrien und L. ein und drängte darauf, die *Hizbullah*-Angriffe zu unterbinden, da ansonsten ein regionaler Krieg drohe. Syrien konnte es als Triumph feiern, in die US-Diplomatie mit einbezogen worden zu sein. Die israelische Luftwaffe verletzte auch weiterhin den lib. Luftraum. Am 29.8. griff die *Hizbullah* erneut im Gebiet der Shabaa-Farmen an und tötete einen israelischen Soldaten. Schließlich verletzte am 8.12. eine ferngezündete Bombe zwei israelische Soldaten. Der Anschlag war möglicherweise eine Vergeltung für das Attentat auf Ramzi

Nohra, der am 6.12. durch eine Bombe getötet worden war. Nohra soll früher als Drogendealer und als Agent für Israel und zuletzt für die *Hizbullah* gearbeitet haben. Im Juli und September wurden in Israel mehrere arabische Israelis unter dem Vorwurf der Spionage für die *Hizbullah* verhaftet. Der israelische Leutnant Omar al-Khatib soll einen Spionagering innerhalb des Militärs unterhalten haben und im Gegenzug für Drogen im Millionenwert der *Hizbullah* Militärkarten und Informationen über die israelischen Truppen in den Shabaa-Farmen zugespielt haben. Israel hatte seinerseits früher im Austausch für Informationen über die *Hizbullah* und die syrische Präsenz den Drogenhandel im Süd-L. zugelassen (DS, 28.10.; NYT, 24.10.).

Am 10.7. bat der lib. Außenminister Mahmoud Hammoud routinemäßig Kofi Annan um eine Verlängerung der UNIFIL um weitere 6 Monate. Der UNO-Sicherheitsrat beschloss im Juli, die Truppen bis Ende 2002 schrittweise von 3.628 Soldaten und 470 Zivilbediensteten auf 2.000 zu reduzieren. Mehrere UNO-Mitglieder zahlten in der Vergangenheit ihre Beiträge nur zögerlich, so dass im Juli ein Defizit von 106,5 Mio. \$ aufgelaufen war.

Der „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“ erhielt im Januar 2002 eine neue Note durch eine Rede von George W. Bush, in der er den Irak, Iran und Nordkorea als „Achse des Bösen“ bezeichnete. Am 24.6. warf er Syrien vor, Terrororganisationen zu unterstützen. Der Libanese Imad Mughniya, dem mehrere Anschläge und Entführungen und aktuell die Koordinierung des iranischen Waffenschmuggels in die palästinensischen Gebiete vorgeworfen werden, spielte in diesem Geflecht eine Schlüsselrolle. Die USA hatten daher ein Kopfgeld von 25 Mio. \$ auf ihn ausgesetzt, genauso viel wie für Usama Ibn Ladin, mit dem er sich einmal getroffen haben soll. Der Vorwurf der Unterstützung des internationalen Terrorismus gegen Iran, wo Mughniya zeitweise lebte, stützt sich maßgeblich auf ihn. Ob die „Schurkenstaaten“ Irak, Iran und – je nach politischer Konjunktur – Syrien, wirklich eine „Internationale des islamistischen Terrors“ unterhalten, in der religiös-ideologisch so gegensätzliche Gruppierungen wie *Hizbullah*, *Hamas* und *al-Qa'ida* koordiniert operieren, wurde unterschiedlich bewertet. Der stellvertretende Sicherheitsberater der US-Regierung Steven Hadley behauptete im Februar, die *Hizbullah* habe „schlafende Zellen“ in den USA. Tatsächlich wurde im Juli in North Carolina aber nur ein Zigarettenschmugglerring ausgehoben, dessen Gewinne der *Hizbullah* zugeflossen sein sollen. Im Oktober prüfte Argentinien einen internationalen Haftbefehl gegen den Generalsekretär der *Hizbullah*, Nasrallah, wegen dessen Verstrickung in den Anschlag auf das argentinisch-israelische Gemeindezentrum von 1994. Nasrallah soll am 29.11. Palästinenser aufgerufen haben, weltweit Selbstmordanschläge zu verüben. Kanada setzte daraufhin die *Hizbullah* auf die Liste der Terrororganisationen, obwohl diese von einer Fehlübersetzung sprach, die Aussagen von keiner anderen Stelle bestätigt wurden und sich sogar als bewusst gestreute Falschzitate erwiesen. Trotz Bitten L.s, die Entscheidung zu überdenken, blieb Kanada bei seinem Standpunkt.

Am 1.2. berichtete die *Times* (London), dass *al-Qa'ida* ihre Operationsbasis nach L. verlegen wolle. Der Jemenit Salah Hajir sei hierzu Mitte Januar in den L. gekommen und habe Kontakte zu Vertretern der *Ushat al-Ansar* geknüpft. Laut israelischen Quellen hätten *al-Qa'ida* Kämpfer aus Afghanistan Zuflucht im Palästinenserlager Ain al-Hilwa genommen. In den vergangenen Jahren hätten sich außer islamistischen auch politisch und kriminell motivierte Gewalttäter in dem Lager bei Saida niedergelassen. Bei der Festnahme des Islamisten Badih Hamadeh im Juli war es zu einer Schießerei gekommen, bei der drei lib. Sicherheitskräfte getötet worden waren. Nach der Festnahme kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen islamistischen und *Fatah*-nahen Gruppen. Am 23.5. hatte der lib. Informationsminister Ghazi Aridi noch die Präsenz von *al-Qa'ida* im L. geleugnet. In Ain al-Hilwa beschloss jedoch am 13.8. die der *al-Qa'ida* nahestehende Gruppe *Jama'at al-Nur* das Hauptquartier von Arafats *Fatah*. Es gab zwei Tote und acht Verwundete. Erstmals offiziell zugegeben wurde die Existenz von *al-Qa'ida* im L., als am 28.9. drei mutmaßliche Mitglieder der Organisation, die Trainingslager im L. errichten wollten, auf Hinweise westlicher Geheimdienste hin verhaftet wurden. Berichte, wonach die *Hizbullah* mit *al-Qa'ida* kooperiere, erscheinen angesichts der ideologischen Distanz zwischen der wahhabitischen *al-Qa'ida* und der schiitischen *Hizbullah* allerdings als unglaubwürdig.

Vom 27.-28.3. fand in Beirut das Gipfeltreffen der Arabischen Liga statt. Der rotierende Vorsitz ging von Jordaniens König Abdallah II. auf Lahoud über. Im Zentrum der Diskussion stand die Nahost-Friedensinitiative des saudischen Kronprinzen Abdallah, die von den Teilnehmern angenommen wurde. Die lib. Seite betonte einmal mehr, dass der L. „unter keinen Umständen“ (Lahoud) von seiner Forderung nach einem Rückkehrrecht der im Lande lebenden palästinensischen Flüchtlinge abrücken werde. Es kam jedoch zum Eklat, als die vorgesehene Live-Schaltung zu Palästinenserpräsident Arafat von Lahoud ignoriert wurde und die palästinensische Delegation daraufhin den Gipfel zu verlassen drohte.

Das Assoziationsabkommen zwischen L. und der EU wurde, nachdem die sechsjährigen Verhandlungen im Dezember 2001 abgeschlossen werden konnten, am 10.1. in Brüssel von Wirtschafts- und Handelsminister Fuleihan unterzeichnet. Es ersetzt das Kooperations-Abkommen zwischen L. und der EU aus dem Jahre 1977. Die für den 22.4. geplante offizielle Unterzeichnung durch Außenminister Mahmoud Hammoud kam jedoch nicht zustande, da Syrien und L. das Euro-Med-Außenministertreffen im spanischen Valencia wegen der Situation in Israel/Palästina boykottierten. Es wurde schließlich am 17.6. unterzeichnet und tritt 2004 in Kraft. Regelmäßig sind nun politische Gespräche zwischen dem L. und der EU vorgesehen (BBC, 17.6.).

Sozioökonomische Entwicklung

Die Lösung der wirtschaftlichen Strukturprobleme, vor allem der chronisch defizitären Staatsfinanzen, lag auch im Berichtszeitraum in weiter Ferne. Die Staatsverschuldung von ca. 30 Mrd. \$ (November 2002) entsprach 176 % des jährlichen Bruttoinlandproduktes. Damit lag der L. vor Nicaragua, Zambia und Malawi an viertletzter Stelle der Welt. Etwa 35 % sind Auslandsschulden. Der Schuldendienst verschlang zum Jahresende etwa 3 Mrd. \$ und somit 48 % des Haushaltsvolumens bzw. 90 % der Staatseinnahmen. Auch die Handelsbilanz blieb deutlich negativ. Zwar stiegen die Exporte im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahr um 25 %, doch die Importe blieben extrem hoch. Ein düsteres Bild zeichnete der Bericht der *Banque Audi* zur Wirtschaftslage im ersten Quartal: die Bankeinlagen seien drastisch zurückgegangen und es sei insgesamt ein Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten zu verzeichnen. Während die Baugenehmigungen gegenüber dem ersten Quartal 2001 um 15,3 % gestiegen seien, sei der Zementverbrauch im gleichen Zeitraum um 9 % zurückgegangen. Der Güterumsatz des Beirut Hafens ging um 3,6 % zurück. Für die erste Jahreshälfte 2002 errechnete die *Bank Audi* ein Wirtschaftswachstum von 0,5 %.

Am 1.2. wurde die im Dezember 2001 vom Parlament beschlossene 10%ige Mehrwertsteuer eingeführt. Sie gehört zu den im Rahmen des *Euro-Med Partnership Agreements* zu leistenden Strukturreformen, um den bis 2010 angestrebten Freihandel der EU mit den südlichen Mittelmeerrainern zu ermöglichen. Die Steuer, die im Februar zu einer Inflation von 2 % gegenüber dem Vormonat führte, stieß auf Widerstand. Tankstellenbetreiber traten unmittelbar nach ihrer Einführung in einen mehrtägigen Ausstand und die Handelsverbände warnten vor einem Anstieg des Schmuggels. Durch die Einführung der Steuer (ausgenommen sind u.a. Grundnahrungsmittel, Bildung, Gesundheitswesen und Finanzdienstleistungen) erhoffte sich der Staat Mehreinnahmen von 500 Mio. \$ im ersten Jahr und damit eine deutliche Reduzierung des Staatsdefizits. Die Steuereinnahmen stiegen in den ersten sieben Monaten des Jahres um über 30 % verglichen mit dem Vorjahreszeitraum. Positive Entwicklungen waren auch bei den Kommunen zu verzeichnen, die 2002 ihre Steuereinnahmen signifikant erhöhen konnten, so Beirut um 15 % und Jounieh bis zu 50 %.

Bestandteil der Abmachungen mit der EU waren neben der Einführung der Mehrwertsteuer auch der stärkere Schutz der Urheberrechte und der Kampf gegen die Geldwäsche. Aufgrund der Verabschiedung eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geldwäsche vom April 2001 strich die *Financial Action Task Force* den L. am 21.6. von ihrer Schwarzen Liste. Dies erleichtert den Zugang zum globalen Finanzsystem (BBC, 21.6.). Am 9.7. nahm auch das US-Treasury Department den L. von der Schwarzen Liste der Geldwäsche verdächtigen Staaten (NYT, 9.7.). Große Hoffnungen setzte die Regierung auf die sog. Paris II-Geberkonferenz am 23.11., bei

der die Golfstaaten, die G8-Staaten und einige internationale Finanzinstitutionen die Überwindung der lib. Finanzkrise diskutierten. Dem L. wurden schließlich 4,3 Mrd. Euro an Langzeitkrediten mit geringem Zinssatz zur Staatsentschuldung zugesagt. Geldgeber sind u.a. Saudi-Arabien, Frankreich und die EU. Im Oktober begann die erste Runde von Verhandlungen mit der WTO über einen Beitritt des L. (DS, 5.11.).

Die Privatisierung im Bereich Telekommunikation, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, die seit Jahren auf der Agenda steht, wurde weiterhin diskutiert. Der IWF und die Weltbank mahnten anlässlich Hariris USA-Reise im April rasche Privatisierungsmaßnahmen an. Die Regierung hoffte dadurch einen Erlös von 5 Mrd. \$ zu erzielen (DS, 5.11.). Die wiederholte von der Weltbank und dem IWF empfohlene Abwertung des lib. Pfunds wies Hariri indes zurück. Er hielt an der seit 1994 praktizierten Kopplung am US-\$ fest, die nach Berechnungen von Wirtschaftswissenschaftlern seither rund 8 Mrd. \$ gekostet hat. Aus Angst vor Verlust ihrer Arbeitsplätze demonstrierten im April und Mai die Mitarbeiter der Telefongesellschaft und des Telekommunikationsministeriums. Ein Gesetzentwurf zur Privatisierung des Telekommunikationssektors, mit Änderungen, die die Absicherung der Mitarbeiter gewährleisten sollten, wurde Ende April ins Parlament eingebracht. Am 30.4. beschloss das Parlament, 40 % des staatlichen Besitzes sofort und die restlichen 60 % zu einem späteren Zeitpunkt zu privatisieren. Am 14.8. billigte es einen Gesetzentwurf, der eine 40- bis 100%ige Beteiligung von Investoren am Stromversorger *Electricité du Liban* innerhalb der nächsten zwei Jahre vorsieht.

Am 1.2. wurden in der Bekaa-Ebene 2.500 kg Haschisch beschlagnahmt (BBC, 1.2.) und am 26.2. Mohnfelder zerstört. Die Opiumproduktion hatte wieder zugenommen, nachdem substitutive Produkte gescheitert waren (BBC, 26.2.). Im Mai gingen lib. Sicherheitskräfte, unterstützt von Armeeeinheiten, gegen den illegalen Anbau von Drogen in der Bekaa-Ebene vor. Neben Cannabis, Kokain, Opium und Heroin fand man auch Waffen und Falschgeld.

Lahoud besuchte Ende Mai als erster Staatspräsident überhaupt die rückständige Nordprovinz Akkar und kündigte an, die rückständigen Landesteile, wie im Taif-Abkommen festgelegt, zu unterstützen. So solle der Regionalflughafen in Qleiaat wiedereröffnet und die Bahnverbindung zwischen Tripoli und Abboudieh an der syrischen Grenze wiederhergestellt werden. Außerdem kündigte Lahoud den Bau von Schulen und eines Krankenhauses an.

Auch der Süden gehört nach wie vor zu den vernachlässigten Regionen, was die Sicherheitslage zusätzlich verschärft, da die Bewohner nicht zurückkehren können und militante Gruppierungen kein ziviles Gegengewicht erhalten. Hinzu kommt die Brisanz mancher entwicklungspolitischer Maßnahme. Anfang September gab der *Rat des Südens* bekannt, dass die Wasserpumpen an den Wazzani-Quellen nahezu fertig seien. Der Wazzani ist einer der Quellflüsse des Hasbani, der in den See Genezareth mündet. Israel protestierte heftig, und Sharon bezeichnete am 9.9. die geplante Wasserableitung sogar als *casus belli* (Ha'aretz, 10.9.). Dessen ungeachtet weihten am 16.10. lib. Offizielle die Pumpstation vor UNO-Vertretern und mehreren Botschaftern, auch aus der EU, ein. Vertreter der USA boykottieren die Zeremonie und warfen dem L. einseitige Schritte vor. Jährlich sollen nun 10 Mio. Kubikmeter Wasser für acht Dörfer der Region Marjayoun genutzt werden. Parlamentspräsident Berri kündigte weitere Bewässerungsprojekte an (DS, 17.10.).

Die Staatsführung des Libanon

Staatspräsident: Emile Lahoud (seit 24.11.1998)

Libanesishe Regierung (seit 26.10.2000):

Ministerpräsident: Rafiq al-Hariri (Su); **Stellvertr. Ministerpräsident:** Issam Fares (Or), **Arbeit:** Ali Qansoh (Sch); **Äußeres/Emigranten:** Mahmud Hammoud (Sch), **Energie/Wasser:** Muhammad Abd al-Hamid Baidoun (Sch), **Bildung/Hochschulen:** Abd al-Rahim Murad (Su), **Finanzen:** Fu'ad Siniora (Su), **Vertriebene:** Marwan Hamadeh (Dr), **Gesundheit:** Sulaiman Frangieh (Ma), **Handel/Wirtschaft:** Basil Fulaihan (Pr), **Industrie:** Georges Frem (Ma), **Information:** Ghazi Aridi (Dr), **Inneres/Gemeinden:** Elias Murr (Or), **Jugend/Sport:** Sebouh Hovnanian (Ar), **Justiz:** Samir Jisr (Su) **Kultur:** Ghassan Salame (Ka), **Landwirtschaft:** Ali Abdallah (Sch), **Öffentliche Arbeiten und Transport:** Najib Mikati (Su), **Post/Telekommunikation:**

Jean-Louis Qardahi (Ma), **Soziales:** As'ad Diyab (Sch), **Tourismus:** Karam Karam (Or), **Umwelt:** Michel Musa (Ka), **Verteidigung:** Khalil Hrawi (Ma), **Staatsminister für Verwaltungsreform** Fu'ad Sa'd (Ma), **Staatsminister ohne Portefeuille:** Bahij Tabbara (Su), Pierre Helou (Ma), Nazih Baidoun (Sch), Bishara Mirhij (Or), Michel Pharaon (Ka), Talal Arslan (Dr)

Parlamentspräsident: Nabih Berri (Sch) (seit 20.10.1992)

Ar = Armenier, Dr = Druse, Ka = Griech-Katholik, Ma = Maronit, Or = Griech.-Orthodox, Pr = Protestant, Sch = Schiit, Su = Sunnit

Chronologie Libanon 2002

3.1. – Angriff der *Hizbullah* auf israel. Stellungen auf den Shabaa-Farmen

24.1. – Ehem. FL-Chef Hobeika ermordet

1.2. – 10 %ige Mehrwertsteuer eingeführt

18.2. – PM Hariri in Paris

3.3. – Syr. Präs. al-Asad in Beirut

7.3. – Mike Nassar ermordet

12.3. – Zwei Palästinenser aus dem L. verüben Anschlag in Israel

17.-19.3. – PM Hariri in Rumänien

19.3. – Iran. Vize-Präsident Mohammad Ali Abtahi in Beirut

22.3. – Pro-paläst. Demonstration in Beirut

23.3. – Zusammenstöße Amal - Hizbullah an Aschura

27.-28.3. – Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Beirut

29.3.-18.4. – Eskalation um Shabaa-Farmen und an lib.-israel. Grenze

12.4. – Iran. Außenminister Kharrazi in Beirut

15.4. – US-Außenminister Powell in Beirut

16.-19.4. – PM Hariri in USA.

29.4. – Pakradouni übernimmt Vorsitz der Kata'ib

7.5. – PM Hariri in Malaysia

7.5. – Ramzi Irani (FL) entführt. Am 20.5. fand man seine Leiche

13.5. – Afghanischer Außenminister Abdullah Abdullah in Beirut

2.6. – Parlamentsnachwahlen im Metn

17.6. – Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der EU

17.-19.6. – PM Hariri in London

25.-27.6. – Präs. Lahoud in Tschechien und der Slowakei

Ende Juni – Maronitischer Weltkongress in Los Angeles

1.7. – PM Hariri in Paris

19.-21.7. – Präs. Lahoud auf Zypern

13.8. – 2 Tote und 8 Verletzte bei Feuergefecht zwischen Fatah-Mitgliedern und Islamisten in Ain al-Hilwa

29.8. – Hizbullah-Angriff auf Shabaa-Farmen

4.9. – Schließung von *Murr Television* führt auch in folgenden Tagen zu Protesten

9.10. – Ghazi Kanaan, Chef des syr. Militärischen Geheimdienstes im L., nach 20 Dienstjahren abberufen. Sein Posten wurde von Rustum Ghazali übernommen.

14.10. – Hasan al-Amin, bedeutender schiitischer Religionsgelehrter, 96jährig gestorben

14.10. – Militärgericht beginnt Untersuchung zu al-Qa'ida-Netzwerk im L.

16.10. – Einweihung einer Pumpstation am Wazzani

18.-20.10. – Frankophonie-Gipfel in Beirut; franz. Präsident Chirac in Beirut

19./20.10. – Bombenanschläge gegen Fatah-Mitglieder in Ain al-Hilwa

28.10. – PM Hariri in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrein und Kuwait

29.10. – PM Hariri in Paris

21.11. – Amerikanische Missionarin in Saida erschossen

23.11. – Geberkonferenz Paris II

6.12. – Ramsi Nohra (Hizbullah) ermordet

Andreas Pflitsch / Stephan Rosiny